

Fortbestand der Sozialkaufhäuser bleibt gesichert

Eutin (mh). Keines der Sozialkaufhäuser in Eutin, Neustadt, Heiligenhafen und Burg auf Fehmarn muss geschlossen werden – das bestätigte nun die BQOH, die Beschäftigung und Qualifizierung Ostholstein GmbH.

Das aus EU-Mitteln finanzierte Bundesprogramm für Bürgerarbeit läuft zum Ende des Jahres aus. Langzeitarbeitslose werden als Bürgerarbeiter unter anderem in den genannten Sozialkaufhäusern beschäftigt. Sie arbeiten dort im Verkauf, im Lager, als Fahrer, zur Aufbereitung der Möbel und vieles

mehr. Ziel ist es, diesen Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive zu geben, sich wieder in ein geregeltes Berufsleben einzuleben, gesellschaftliche Wertschätzung der eigenen Arbeitskraft zu erfahren und natürlich das Selbstvertrauen zu schaffen, um letztendlich einen nachhaltigen Arbeitsplatz zu finden. Innerhalb der dreijährigen Bürgerarbeit ist es fast 30 Beschäftigten gelungen, dieses Ziel umzusetzen. Sie haben einen festen Arbeitsplatz gefunden.

344 Bürgerarbeiter sind in Ostholstein beschäftigt, nicht nur in den Sozialkaufhäusern, sondern auch bei den Tafeln, in Museen, als Busbegleiter oder Schulassistenten. Leider gibt es nun auch die andere Seite der Medaille. Die Bürgerarbeiter, die bis Ende des Jahres keine Arbeitsstelle gefunden haben, werden zurück in Hartz IV fallen. Ersetzt werden die freien Plätze der Bürgerarbeiter in den Sozialkaufhäusern und bei den Tafeln durch Ein-Euro-Jobber.

Karsten Marzian, Geschäftsführer des Jobcenters Ostholstein in Eutin äußert sich folgendermaßen dazu. „Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind gut, die Arbeitslosenquote sinkt, Perspektiven sind da.“ Den Wechsel



Jutta Blunck, stellv. Vorsitzende der BQOH, und Jochen Redepennig, Leiter des Sozialkaufhauses Eutin, zeigen stolz das neue Transportfahrzeug.

Foto: Hahn

zu Ein-Euro-Jobbern sieht er als Chance für diese Menschen, ebenfalls wieder eine Möglichkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten. Für die jetzigen Bürgerarbeiter besteht diese Möglichkeit nicht, einfach als Ein-Euro-Jobber weiterbeschäftigt zu werden. Einen Ein-Euro-Job bekommt nur, wer keine Arbeit hat, die Bürgerarbeit ist zudem noch sozialversicherungspflichtig und bietet demnach nicht diese Voraussetzung.

„Wir haben in den vergangenen Jahren bei jedem Bürgerarbeiter nicht aufgegeben, um ihm auf seinem Weg in eine geregelte Arbeitswelt zu helfen, auch wenn es manchmal sehr lange dauerte. Ein Folgeprogramm wäre die beste Lösung gewesen“, erklärt Jutta Blunck, Vertreterin von Henning Reimann, Geschäftsführer der BQOH. Dieser weist auf die soziale Infrastruktur hin, zu der die Sozialkaufhäuser beitragen.

Es geht nicht nur darum, Langzeitarbeitslosen Perspektiven zu schaffen und sie zu unterstützen. Auf der anderen Seite sind die

Sozialkaufhäuser mittlerweile unverzichtbar für Menschen, die Hilfe bedürfen. Sie bieten sozialschwachen Familien, Arbeitslosen, Flüchtlingen und zunehmend Rentnern die Möglichkeit, günstig Möbel, Elektrogeräte, Kleidung, Spielzeug und vieles mehr zu kaufen.

All dies bleibt glücklicherweise bestehen, auch bei den Tafeln werden Ein-Euro-Jobber die Arbeit der Bürgerarbeiter fortsetzen. Die Entscheidung für die restlichen Plätze der Bürgerarbeiter ist noch nicht gefallen. Henning Reimann spricht deutlich: „ich richte den Appell an die Bundespolitik, den dritten Arbeitsmarkt zu fördern!“

